

Entscheid der Eidgenössischen Oberzolldirektion war deshalb gerechtfertigt und kann nicht rückgängig gemacht werden.

Einfache Anfrage Schär

vom 8. März 1977 (77.610)

Abgase und Lärm der Motorfahrzeuge

Gaz d'échappement et bruit des véhicules à moteur

Im Bericht an die Bundesversammlung vom 20. November 1974 über Abgase und Lärm der Motorfahrzeuge hat der Bundesrat eine Reihe von Massnahmen unter Nennung fester Termine in Aussicht gestellt, u. a.:

1. einen Entscheid, ob eine in relativ kurzen Zeitabständen periodisch wiederkehrende Abgas- und Lärmkontrolle durch das Motorfahrzeuggewerbe oder durch private Organisationen einzuführen sei (1. 1. 1977);
2. die Prüfung der Möglichkeiten zur gesetzlichen Begrenzung der bei hohen Fahrgeschwindigkeiten dominierenden Rollgeräusche (1. 1. 1977);
3. eine Beschränkung der Zulassung von Vergasersystemen, deren Bauart Gewähr für die Einhaltung der ECE-Kohlenmonoxidnormen bietet (1. 10. 1976);
4. Festlegung des zulässigen Kohlenmonoxid-Ausstosses von Motorrädern auf 4,5 Volumenprozent sowie die Festlegung einer Prüfmethode für Motorfahräder bei Vollast und bei Schiebebetrieb (1. 1. 1977);
5. die Inkraftsetzung neuer Massnahmen auf dem Gebiet der Lärmbekämpfung, insbesondere eine Verschärfung in bezug auf zulässige Lärmgrenzwerte sowie die Aufhebung der Privilegierung der grossen Motorräder und der besonders leistungsstarken leichten Motorwagen (1. 1. 1977).

Fragen:

Hält der Bundesrat inhaltlich in vollem Umfang am Bericht 1974 fest? Wenn nein, welche Abstriche sind zu erwarten?

Warum wurden für die im Bericht vorgesehenen Massnahmen die Termine nicht eingehalten? Welche weiteren Verzögerungen sind zu erwarten?

Wann wird der Bundesrat die Prüfmethode für Motorräder bekanntgeben? Wann wird er seinen Entscheid über die Einführung der Fahrtmessmethode und die Notwendigkeit von Zulassungsvorschriften von Reifen fällen? Wann wird der Bundesrat entscheiden, ob Angaben über das Abgas- und Lärmverhalten von Neufahrzeugen veröffentlicht werden sollten?

Welche inhaltlichen und zeitlichen Konsequenzen können internationale Rücksichten irgendwelcher Art haben?

Antwort des Bundesrates vom 18. Mai 1975

Der Bundesrat hält an seinem Plan zur Herabsetzung der Abgas- und Lärmemissionen von Motorfahrzeugen, wie er im Bericht vom 20. November 1974 enthalten ist, fest. Er erachtet die für 1982 vorgesehenen Limiten nach wie vor als verbindliche Zielsetzungen. In der Botschaft zur Volksinitiative «gegen die Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge» hat der Bundesrat ausgeführt, dass Zielsetzungen ständig überprüft und den unter Umständen ändernden Verhältnissen angepasst, d. h. «fortgeschrieben», werden müssen. Dies trifft auch für den bundesrätlichen Bericht über Abgase und Lärm der Motorfahrzeuge zu. Technische Fortschritte oder Schwierigkeiten, neue volkswirtschaftliche Situationen sowie die internationale Entwicklung müssen berücksichtigt werden. Sie können zu einer neuen Lagebeurteilung und einer Aenderung des Vorgehens führen.

Die wichtigen im Bericht vorgesehenen Verschärfungen der Abgas- und Lärmnormen wurden bisher termingemäss verordnet. Für die Inkraftsetzung mussten einige, im Hinblick auf die Zielsetzungen allerdings nur geringfügige zeitliche Verschiebungen in Kauf genommen werden.

Für die weiteren Verschärfungen der Normen in den Zwischenetappen bis 1982 werden sich möglicherweise im

Interesse einer europäischen Regelung gewisse Abweichungen von den vorgesehenen Normen und Terminen ergeben. Eine solche Abweichung muss z. B. für die Zwischenetappe 1978 der Abgasnormen für Personenwagen in Kauf genommen werden. Dadurch soll aber die Zielsetzung von 1982 nicht in Frage gestellt werden.

Die Abgasprüfmethode für Motorräder wird gegenwärtig von den zuständigen Gremien der ECE und der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt erarbeitet und soll 1978 bekanntgegeben werden. Die Untersuchungen über die Notwendigkeit von Zulassungsvorschriften für Reifen sind abgeschlossen. Der Entscheid ist auf Mitte 1977 zu erwarten.

Die Lärmmessung nach der Vorbeifahrtmethode wurde am 29. November 1976 mit Wirkung ab 1. Juli 1977 – ein halbes Jahr früher als im Bericht vorgesehen – verordnet.

Für die Veröffentlichung der Abgas- und Lärmesswerte der Motorfahrzeuge ist eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes nötig. Dazu soll demnächst ein Vernehmlassungsverfahren eingeleitet werden.

Der Bundesrat hat die Absicht, die Verschärfung der Abgas- und Lärmvorschriften möglichst in Übereinstimmung mit den internationalen Normen zu erreichen. Ob dies im Rahmen der ECE oder EG bis 1982 möglich ist, kann heute noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Eine international beschlossene, wesentlich strengere Regelung als die heutige wäre, auch wenn sie die vom Bundesrat angestrebten Ziele auf den gewünschten Zeitpunkt nicht gänzlich erreichte, unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte sicherlich besser als ein schweizerischer Alleingang. Ein solcher käme nur als letzte Massnahme in Betracht, wenn alle Bemühungen für eine wirksame internationale Regelung scheitern sollten. Dies bedeutet, dass in beschränktem Umfang Abweichungen von den angestrebten Normen und Terminen möglich sein müssen. Bei einem solchen Entscheid wären die Erfordernisse des Umweltschutzes mit den volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Auswirkungen eines Alleinganges der Schweiz sorgfältig abzuwägen.

Einfache Anfrage Bratschi

vom 14. März 1977 (77.620)

Invalidenversicherung. Geburtsgebrechen

Assurance-invalidité. Infirmités congénitales

Der Bundesrat hat mit Wirkung ab 1. Januar 1977 die laterale Leistenhernie aus der Geburtsgebrechenverordnung gestrichen. Mit dieser Streichung der Ziffer 303 der genannten Verordnung sollen bei der Invalidenversicherung jährlich etwa 6 Millionen Franken gespart werden.

Dieser Beschluss ist vom Bundesrat gestützt auf die Zustimmung der Eidgenössischen Fachkommission für Fragen der medizinischen Eingliederung in der Invalidenversicherung, aber entgegen den ausdrücklichen Bedenken und wohlbegründeten Empfehlungen der Schweizerischen Fachgesellschaften für Kinderchirurgie und Pädiatrie gefasst worden. Man ist deshalb in medizinischen Fachkreisen über den Entscheid des Bundesrates sehr beunruhigt, nicht zuletzt deshalb, weil letztlich der Bund die gleiche Leistenhernie als Grund zur Befreiung vom Militärdienst anerkennt, also diesem Leiden einen entsprechenden Invaliditätsgrad zuerkennt.

Der Bundesrat wird deshalb angefragt, ob er nicht seinen Entscheid in Wiedererwägung ziehen will und überhaupt im Interesse unserer invaliden Mitmenschen die Geburtsgebrechenverordnung bei der Anerkennung von solchen Leiden inskünftig extensiver auszulegen gedenkt.

Antwort des Bundesrates vom 18. Mai 1977

Die Invalidenversicherung (IV) übernimmt die Kosten der Behandlung von Geburtsgebrechen Minderjähriger. Der Bundesrat bezeichnet die einzelnen Geburtsgebrechen. Er kann dabei Leistungen ausschliessen, wenn das Leiden

die Erwerbsfähigkeit nur unbedeutend beeinflusst oder die Behandlungskosten gering sind.

Die ausserordentlich hohen Ausgaben der IV für die Behandlung von Leistenhernien, die erfahrungsgemäss kaum jemals Auswirkungen auf die Erwerbsfähigkeit haben, liessen sich bei dieser Rechtslage nicht mehr verantworten. Der Beschluss des Bundesrates bringt allerdings den Krankenkassen eine gewisse Mehrbelastung. Diese entspricht jedoch der Abgrenzung des Aufgabenbereiches der Krankenkassen gegenüber dem der IV, wie sie durch den Gesetzgeber angestrebt wurde.

Den vorberatenden Gremien und dem Bundesrat waren die Grundlagen und Auswirkungen des Beschlusses bekannt, insbesondere auch aufgrund einer Stellungnahme der Schweizerischen Gesellschaft für Kinderchirurgie. Es sind keine neuen Gründe geltend gemacht worden, die ein Zurückkommen auf den Beschluss rechtfertigen würden.

Question ordinaire Villard

du 16 mars 1977 (77.630)

Multinationale Unternehmung. Heimliche Entlassungen

Entreprise multinationale. Licenciements clandestins

Pour la deuxième fois au cours de la crise actuelle, les travailleurs de la région Bienne/Neuchâtel sont frappés par la politique de licenciements de firmes multinationales: après la General Motors, dont la direction américaine a décidé de fermer purement et simplement son usine de montage de Bienne, c'est au tour de Bulova de licencier son personnel par étapes.

Bulova est devenue pour l'industrie horlogère suisse un symbole de la résistance des travailleurs, à la suite de leur grève avec occupation d'usine, à Neuchâtel; Bulova est devenue un exemple de l'inefficacité des demi-mesures des autorités, à la suite de l'échec des démarches conciliantes du Conseil d'Etat neuchâtelois et des déclarations du Conseil fédéral refusant toute intervention; Bulova est devenue un cas type de l'emprise croissante de firmes multinationales sur des secteurs traditionnellement exportateurs et typiquement suisses de notre industrie nationale.

La firme Stelux (firme transprofessionnelle et transnationale qui est devenue propriétaire de Bulova après que l'horlogerie et les banques suisses eurent manqué l'occasion d'en acquérir la majorité des actions) ne semble spécialement intéressée ni par la production horlogère en soi (voir Question Villard du 29.11.1976 sur les pertes de Bulova), ni par la défense des emplois horlogers qualifiés. Malgré les promesses faites lors de l'occupation de l'usine Bulova à Neuchâtel, la direction de cette entreprise en a annoncé la fermeture pour le 31 décembre 1977, en garantissant un reclassement ou un transfert à Bienne du personnel; cette dernière promesse semble aussi s'avérer vaine, puisque le personnel affirme que des licenciements ont déjà lieu et qu'à l'usine de Bienne, on semble opérer un remplacement systématique du personnel qualifié par du personnel non qualifié.

D'autre part, la même firme Stelux serait sur le point d'acquérir une autre firme sise sur le canton de Neuchâtel.

Dans ces conditions, et au vu des nouveaux risques de licenciements et de déqualification dans les entreprises horlogères détenues par le capital multinational, le Conseil fédéral est invité à préciser:

- De quels moyens il dispose pour contrôler et réprimer toutes mesures de firmes multinationales pouvant entraîner un dommage pour les travailleurs en Suisse;
- Quels moyens supplémentaires il entend se donner à ces fins;
- S'il est prêt à accroître les contrôles sur la politique du personnel des grandes entreprises, dans le but d'éviter, le cas échéant de sanctionner, des licenciements clandestins ou camouflés.

Réponse du Conseil fédéral du 18 mai 1977

L'économie de notre pays est tributaire d'échanges aussi libres que possible de biens, de services et de capitaux. La Suisse occupe le quatrième rang, après les USA, la Grande-Bretagne et la République fédérale d'Allemagne, pour ce qui est du volume des investissements directs à l'étranger. Nous ne pouvons cependant pas nous borner à jouer le rôle d'exportateur de capitaux, mais devons adopter une attitude aussi accueillante que possible à l'égard des investissements étrangers dans notre pays, qui sont de beaucoup inférieurs aux placements que nous faisons hors de nos frontières.

Les filiales des entreprises multinationales ayant un siège en Suisse sont assujetties en principe, tout comme les entreprises indigènes, aux prescriptions juridiques régissant la liberté du commerce et de l'industrie, l'exercice de la libre concurrence et la liberté contractuelle. Or ces prescriptions ne donnent pas au Conseil fédéral le pouvoir d'intervenir dans la politique du personnel qu'appliquent des entreprises privées – qu'elles soient suisses ou détenues par des étrangers – ni d'empêcher des congédiements et des licenciements dans ces entreprises, ni d'entreprendre des poursuites pénales dans ce domaine. C'est aux parties et, en cas de litige, aux tribunaux civils qu'il appartient au premier chef de faire observer les contrats. Nous sommes persuadés que les organisations syndicales de travailleurs concernés par le cas Bulova sont assez vigilantes pour déceler des abus ou des violations de contrats et faire en sorte que les conventions conclues entre les partenaires sociaux soient respectées.

Pour apprécier l'activité des entreprises étrangères en Suisse, il convient de tenir compte du fait que celles-ci doivent aussi faire face, selon la branche d'activité à laquelle elles appartiennent, aux problèmes que posent la reconversion et la limitation des assortiments. Il est normal, lorsque des firmes à capitaux étrangers sont aux prises avec ce genre de difficultés, que l'on donne à l'événement une ampleur assez grande. On notera toutefois que bien des entreprises suisses ont pu éviter de procéder à des licenciements ou même de fermer à tout jamais leurs portes uniquement parce qu'elles avaient été reprises par des sociétés étrangères. Sans l'apport de capitaux étrangers et de savoir-faire, l'entreprise Bulova en particulier ne serait sans doute plus en mesure de maintenir en Suisse le volume actuel de sa production.

Einfache Anfrage Tschumi

vom 16. März 1977 (77.631)

Viehexport. Risikogarantie

Exportation de bétail. Garantie contre les risques

Der Export von qualitativem Zucht- und Nutzvieh ist ein bedeutendes Stimulans für den Absatz von Qualitätsvieh aus unseren Zuchtgebieten. Für den Abnehmer im Ausland bedeutet der Ankauf von Vieh ein Investitionsgut ähnlich wie dies beim Export von Industriegütern der Fall ist. Aus diesem Grunde frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, in Zukunft die Exportrisikogarantie vermehrt in den Dienst des Viehexportes zu stellen.

Antwort des Bundesrates vom 18. Mai 1977

Der Bundesrat ist sich der Bedeutung des Exportes von Zucht- und Nutzvieh insbesondere für die Berglandwirtschaft bewusst. Er fördert deshalb den Absatz von Vieh nach dem Ausland unter anderem durch Gewährung der Exportrisikogarantie. Dabei wird Zuchtvieh schon seit geraumer Zeit als Investitionsgut anerkannt. Dementsprechend werden die gleichen Kreditbedingungen wie im Normalfall bei den industriellen Investitionsgütern gedeckt; für Konsumgüter gelten andere Bedingungen, die Zahlungsfristen sind wesentlich kürzer. Es ist übrigens kein Fall bekannt, wo die Exportrisikogarantie für Zuchtvieh verweigert worden wäre.

Einfache Anfrage Bratschi vom 14. März 1977: Invalidenversicherung. Geburtsgebrechen

Einfache Anfrage Bratschi vom 14. März 1977: Assurance-invalidité. Infirmités congénitales

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	Z
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	77.620
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.06.1977 - 08:00
Date	
Data	
Seite	936-937
Page	
Pagina	
Ref. No	20 005 854

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.